

Es dürfte verständlich geworden sein, daß die im Zusammenhang mit den Fahndungsmaßnahmen zu treffenden Entscheidungen sowie deren einheitliche Durchsetzung große politische Bedeutung erlangen. Deshalb ist vorgesehen, daß Entscheidungen über Fahndungsfestnahmen, Transitreisesperren

sowie

Einreisesperren in die DDR künftig

- durch den Minister des Innern und Chef der DVP und seine Stellvertreter und
- durch mich persönlich und meine Stellvertreter

getroffen werden, wozu noch entsprechende Weisungen über die Verfahrensweise ergehen werden.

Zur Abstimmung des Vorgehens und zur Durchsetzung einheitlicher Grundsätze ist geplant, beim MdI eine nichtstrukturelle Kommission zu bilden, der Vertreter des MdI, des MfS, des MfAA und des Generalstaatsanwaltes angehören sollen.

Durch diese nichtstrukturelle Kommission sind auch bestimmte Entscheidungsvorbereitungen zu sichern.

Mit diesen von mir skizzierten Veränderungen werden eine Reihe grundlegender operativer Fragen aufgeworfen, die in ihren Konsequenzen noch weiter durchdacht werden müssen.